

Paderborner Volksblatt

für Stadt und Land.

Nro. 49.

Paderborn, 24. April

1849.

Das Paderborner Volksblatt erscheint vorläufig wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Samstag. Der vierteljährliche Abonnementspreis beträgt 10 Sgr., wozu für Auswärtige noch der Postaufschlag von 2½ Sgr. hinzukommt. Anzeigen jeder Art finden Aufnahme und wird die gespaltene Zeile oder deren Raum mit 1 Sgr. berechnet.

Uebersicht.

Die Kaperbriefe.

Deutschland. Paderborn (der Brand in Stadtberge); Berlin (Herr v. Beckerath; Trennung der Ehe des Prinzen Albrecht); Frankfurt (Reichsversammlung); Coblenz (Brandunglück); der Krieg in Schleswig-Holstein (Nachrichten aus Flensburg, Hadersleben und Altona); Wien (Ernennung Welden's zum Oberkommandanten in Ungarn; Zusammenziehung eines Reservecorps; die Abdankung des Fürsten Windischgrätz; Ansprache Welden's); Von der polnischen Gränze (die Russen). Italien. (Vom Kriegsschauplatz in Sizilien; die Republik in Toscana gestürzt). Frankreich. Paris (die Intervention im Kirchenstaate; ein Brief des Präsidenten Napoleon).

Die Kaperbriefe.

Ein Preussischer Minister sagte einmal sehr fromm, Kaperbriefe austheilen, sei etwas sehr Unmoralisches. Als ob eine Festung stürmen, eine Stadt beschießen und unschuldige Frauen und Kinder dabei tödten, als ob der Krieg überhaupt etwas sehr Moralisches wäre. Der Krieg ist eine traurige Nothwendigkeit. Ist er aber das, so ist erlaubt, was den Zweck am raschesten erfüllt, den Zweck nämlich, den Krieg schnell und gut zu Ende zu bringen. Wenn die Ertheilung von Kaperbriefen den Feind schwächt, ihn am ersten zur Nachgiebigkeit zwingt, wenn darin allein das Mittel liegt, sich gegen andere Verluste zu entschädigen, so ist nicht abzusehen, worin ein Kaper unmoralischer wäre, als sonst ein Kriegsschiff. Wenn die Kriegsschiffe bloß feindliche Kriegsschiffe angreifen, so wäre es etwas Anderes. Aber da sie eben so jeden Kauffahrer wegnehmen, so ist die Hülfe von Kapern oft eine sehr zweckmäßige. Frankreich hatte größern Vortheil von seinen Kapern, als von seinen Flotten. Der Frankfurter Minister hatte daher sehr Recht, als er erklärte, die Ertheilung von Kaperbriefen sei nichts Schönes, aber man möge die Regierung doch dieser Befugniß nicht berauben. Richtig war nur die praktische Bemerkung, daß es gegen Dänemark nichts helfe, weil dort nichts zu kapern sei. Aber wenn wir einen Krieg mit England hätten, so wäre nicht abzusehen wie wir anders England schaden könnten, als gerade durch Kaper. Das Unglück ist gerade, daß Dänemark unsern Handel schaden kann, wir aber den feindigen nicht, weil es keinen oder nur geringen hat. Um desto energischer sollte aber der Krieg zu Ende geführt werden und wenn es wahr wäre, daß man auch diesmal wieder nicht in Jütland einrücken wolle, so wäre dies ein Fehler, der von mehr als Beschränktheit zeugte. Die Dänen vernichten unsern Handel ohne nur einmal die Macht zu haben, unsere Häfen zu blockiren; sie verbieten selbst den neutralen Verkehr nach den offenen Häfen, die sie aus Mangel an Schiffen nicht sperren können. Sie handeln gegen jeden Kriegsgebrauch. Das einzige Paroli, was wir ihnen bieten können, ist in Jütland. Dort liegt unser einziger Ersatz, das einzige Mittel Dänemark zu zwingen. Und wir sollten auf's Neue aus lauter Rücksicht die Finger davon lassen! Wir meinen, es sei genug, wenn man einmal ungeschickt war. Dieselbe Unschicklichkeit zweimal zu begehen, ist zu viel. Ist die Nachricht wahr, so beweist sie nur um so mehr, wie Noth es thut, daß wir eine starke Centralgewalt erhalten, die fühlt, was Deutschlands Ehre und Interesse geizmet. Das Parlament hat die passendsten Beschlüsse gefaßt. Wir erwarten, daß sie eifrig ausgeführt werden. Der Krieg mit Dänemark ist ein Spott für Deutschland. Um so mehr ist es nöthig, daß er einmal für allemal gründlich zu Ende gebracht werde, trotz allen Noten fremder Mächte, die in dieser Frage doch allerwege nur ein Stück Papier bleiben werden.

A. Z.

Deutschland.

§ Paderborn, 22. April. So eben geht uns nachstehende amtliche Mittheilung des Königl. Landraths über den Brand in Stadtberge zu:

Nach der gestern Abend um 7 Uhr eingetroffenen officiellen Anzeige waren 65 Gebäude (darunter 30 Wohnhäuser) zur Versicherungssumme von 34,530 Thlr. abgebrannt. Eine Stunde später wurde aber durch Esfaffette die Nachricht geschickt, daß das Feuer zum 2ten Male ausgebrochen sei und weiter um sich gegriffen habe. Bestimmte Nachrichten darüber werden heute Nachmittag erwartet.

Brilon, 20. April 1849.

Der Landrath abwesend. In Vertretung: Mosshagen, Kreissekretär.

Berlin, 20. April. Des Morgens früh traf mit einem Extrazuge Herr v. Beckerath aus Frankfurt hier ein, um mit dem Ministerium über die endliche Entscheidung der deutschen Frage zu unterhandeln. Er wohnte Vormittag bereits einer Conferenz des Staatsministeriums bei, hat Mittag eine Audienz bei Seiner Majestät dem Könige und wird Abends wiederum einer Sitzung des Staatsministeriums beiwohnen. — Die „Constitutionelle Zeitung“ ist der Ansicht, daß in den nächsten Tagen schon die Bedenken Preußens in Betreff der Annahme der Kaiserwürde zur öffentlichen Kenntniß gelangen werden.

Berlin, 19. April. Die „Z. f. N.“ meldet aus Berlin: „Am 28. März erfolgte auf dem Kammergericht die Trennung der Ehe des Prinzen Albrecht mit der Prinzessin Marianne der Niederlande, welche schon seit einigen Jahren in Folge mancher Zerrwürfnisse drohte. Der Prinz hatte zuletzt auf Scheidung geklagt und als Grund unüberwindliche Abneigung angegeben. Da mit dem 1. April alle Ehescheidungsklagen an die Untergerichte übergegangen sind, wurde der Schlußtermin in Eile noch am 28. v. M. gehalten. Der Prinz wurde von der Zahlung einer bedeutenden Entschädigungssumme, welche von der andern Seite gefordert wurde, freigesprochen, ebenso ihm die Kinder zuerkannt. Die Prinzessin befindet sich gegenwärtig im Haag, sie hat die ihr gehörige schöne Herrschaft Camenz in Schlesien verkauft und keine Erlaubniß erhalten, wieder nach Preußen zurückzukehren. Sobald die Verhältnisse es erlauben, will die Prinzessin nach Italien gehen und dort ihren ferneren Aufenthalt nehmen.“

Frankfurt, 19. April. (Reichs-Versammlung) — Vizepräsident Herr Bauer von Bamberg eröffnet die Sitzung. Nachdem das Protokoll verlesen ist, ergreift er im eigenen Namen das Wort, um von seiner Reise zurückgekehrt und heute zum erstenmale den Platz des Vorsitzenden in der Paulskirche einnehmend, die Versammlung den Dank für seine Wahl auszusprechen, und die Versicherung, daß er nie fehlen werde, wenn es gelte, eine undurchbringliche Phalanx um das Palladium der „ganzen unversehrten Deutschen Reichsversammlung“ zu bilden. Der Reichsminister-Präsident übersendet dem Präsidenten der Reichs-Versammlung die folgende ihm gestern Abend spät durch den Königlich Preussischen Bevollmächtigten, Herrn Camphausen, zugegangene Note: (Hört!) „Herr Minister! In der Antwortsrede an die Deputation der Deutschen Reichs-Versammlung vom 3. April haben Se. Majestät der König in Uebereinkunft mit früheren wiederholten Erklärungen der Königlichen Regierung die Uebnahme der Oberhauptswürde im Deutschen Bundesstaate an das freie Universitätsrath der deutschen Regierungen als an eine Vorbedingung geknüpft. Daß die Kaiserlich Oesterreichische Regierung, abgesehen von der Oberhauptsfrage, in einen Bundesstaat mit Repräsentativ-Verfassung nicht eintreten werde, war zu erwarten und ist neuerlich von derselben bestätigt worden. Die Königliche Regierung erachtet dadurch den Bundesstaat innerhalb des Deutschen Bundes nicht ausgeschlossen; umsoweniger als diese Ausnahme von der Reichs-Versammlung in ihren Beschlüssen vorgesehen ist. Von den übrigen